

# **Leitantrag**

der

Frauen Union Südbaden

**„Humanitäre Hilfe und Integration“**

beschlossen auf dem

Bezirksdelegiertentag

am Samstag, 18.10.2014 in Tuttlingen

## 1 **Einleitung: Die Ausgangslage**

2 Seit dem zweiten Weltkrieg gab es weltweit nicht mehr so viele Flüchtlinge wie  
3 derzeit!

4 Laut dem aktuellen UNO-Flüchtlingsbericht waren bis Ende 2013 über 51,2 Millionen  
5 Menschen auf der Flucht. Das sind 6 Millionen mehr als noch 2012.

6 Allein durch den Krieg in Syrien wurden 2,5 Millionen Menschen zu Flüchtlingen,  
7 6,5 Millionen wurden innerhalb des Landes vertrieben. Der Irak-Konflikt zählt dabei  
8 noch nicht zum Erhebungszeitraum. Aber auch hier werden die Zahlen steigen.

9 Seit Januar sind eine halbe Million Menschen aus den umkämpften Gebieten im Irak  
10 geflohen. Alleine Ende Juni flohen weitere 300.000! Diese Menschen suchen  
11 internationalen Schutz und Zuflucht, erbitten Asyl.

12 Die statistische Erhebung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, kurz  
13 BAMF, ergibt bis Juni 2014 folgende Zahlen:

14 2014 wurden 67.441 Erstanträge in Deutschland vom Bundesamt entgegen  
15 genommen.

16 Im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es 43.016 Erstanträge, dies bedeutet  
17 einen hohen Zuwachs um 56,8 %.

18 Die Zahl der Folgeanträge im bisherigen Jahr 2014 hat sich gegenüber dem  
19 vergleichbaren Vorjahreswert (5.508 Folgeanträge) um 75,5% auf 9.668  
20 Folgeanträge erhöht. Damit sind insgesamt 77.109 Asylanträge im Jahr 2014 beim  
21 Bundesamt eingegangen; im Vergleich zum Vorjahr mit 48.524 Asylanträgen  
22 bedeutet dies einen deutlichen Anstieg um 58,9%.

23 Im bisherigen Berichtsjahr 2014 wurden insgesamt 60.467 Asylanträge beschieden.  
24 Die Gesamtschutzquote für alle Herkunftsländer im bisherigen Jahr 2014 beträgt  
25 26,6 % (16.064 positive Entscheidungen von insgesamt 60.467). Das heißt auf  
26 der anderen Seite, dass 73,4 % abgelehnt wurden.

27 Dies bedeutet eine große Herausforderung für unser Land, besonders für die  
28 Kommunen.

29 Allerdings kommen viele der Asylbewerber nicht aus den Kriegs- und  
30 Kriegsgebieten, sondern – insbesondere als Folge der Aufhebung der Visumpflicht –  
31 aus europäischen Westbalkanstaaten wie Serbien, Albanien, Mazedonien oder  
32 Bosnien–Herzegowina.

33 Die Menschen dort, insbesondere die Völkergruppe der Sinti und Roma, leben in  
34 wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen. Oftmals werden sie durch bestehende  
35 Strukturen und Systeme diskriminiert. Ihr Leben jedoch ist nicht akut bedroht.

36 Deutschland muss und wird beim internationalen Schutz und bei der Aufnahme von  
37 Flüchtlingen weiter seiner Verantwortung nachkommen.

38 Es müssen aber Maßnahmen ergriffen werden, die sicherstellen, dass das Asylrecht  
39 den tatsächlich Schutzbedürftigen vorbehalten bleibt. Nur so wird unser Asylrecht in  
40 der Gesellschaft akzeptiert und mitgetragen. Es muss verhindert werden, dass eine  
41 nicht zu bewältigende Anzahl von Menschen lediglich aus einer wirtschaftlichen  
42 Notlage heraus nach Deutschland kommen, denen mit entsprechenden Maßnahmen  
43 im eigenen Land geholfen werden kann.

44

## 45 **Forderungen der FU Südbaden**

### 46 **I. Asylverfahren**

#### 47 **1. Die Aufnahme weiterer Staaten in die Liste „sicherer Herkunftsländer“ prüfen**

48 Am 19. September 2014 hat der Bundesrat dem vom Bundestag am 3. Juli 2014  
49 verabschiedeten Gesetz zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten  
50 und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete  
51 Ausländer gemäß Artikel 16a Absatz 3 des Grundgesetzes zugestimmt. Gemäß dieser  
52 Gesetzesänderung gelten nun die Westbalkan-Staaten Serbien, Mazedonien und  
53 Bosnien-Herzegowina als sogenannte „sichere Herkunftsländer“ nach dem  
54 Asylverfahrensgesetz. Zudem wird durch das Gesetz die Wartefrist vor Ausübung  
55 einer Beschäftigung im Bundesgebiet für Asylbewerber und geduldete Ausländer auf  
56 drei Monate verkürzt, allerdings unter Vorbehalt der Vorrangprüfung. Nach 15  
57 Monaten seit der Einreise wird Asylbewerbern und geduldeten Ausländern die  
58 Erwerbstätigkeit ohne Vorrangprüfung erlaubt. Dieser Wegfall der Vorrangprüfung ist  
59 zunächst auf drei Jahre begrenzt.

60 Dadurch soll die Abhängigkeit dieser Personengruppe von öffentlichen Sozialleistungen  
61 reduziert werden. Die Verhandlungen zwischen Bundeskanzleramt und den Vertretern  
62 des Bundesrats ergaben zudem den Kompromiss, dass die Residenzpflicht für  
63 Asylbewerber ab dem 4. Monat ihres Aufenthaltes in Deutschland aufgehoben wird.

64 Die Einstufung als sichere Herkunftsstaaten sieht die gesetzliche Vermutung der  
65 Verfolgungsfreiheit vor. Hierdurch ist es möglich, aussichtslose Asylanträge von  
66 Antragstellern aus diesen Staaten in kürzerer Zeit zu bearbeiten und damit den  
67 Aufenthalt dieser Personen in Deutschland schneller beenden zu können. Dadurch  
68 wird für den Fall bestehender Hilfsbedürftigkeit die Zeit des Sozialleistungsbezugs in  
69 Deutschland verkürzt und der davon ausgehende Anreiz für eine Asylantragstellung  
70 aus wirtschaftlichen Gründen reduziert. Deutschland wird dadurch als Zielland für  
71 Antragsteller, die aus nicht asylrelevanten Motiven Asylanträge stellen, weniger  
72 attraktiv.

73 Es herrscht Konsens darüber, dass Diskriminierung und soziale Ausgrenzung,  
74 insbesondere von Angehörigen der Roma-Minderheit, eine erhebliche Härte darstellen

75 können, jedoch selten mit Verfolgung oder ernsthaftem Schaden im asylrechtlichen  
76 Sinn gleichzusetzen sind.

77 Die Zahl der anerkannten Schutzbedürftigen unter den Angehörigen dieser Staaten  
78 liegt deutlich unter 1 Prozent. Durch die zahlreichen, zumeist aus nicht  
79 asylrelevanten Motiven gestellten Asylanträge werden Bund, Länder und Kommunen  
80 mit erheblichen Kosten für die Durchführung der Verfahren und für die Versorgung  
81 der sich in Deutschland aufhaltenden Asylsuchenden belastet. Dies geht im Ergebnis  
82 zu Lasten der tatsächlich schutzbedürftigen Asylsuchenden, da für die zeitnahe  
83 Bearbeitung ihrer Fälle weniger Kapazitäten zur Verfügung stehen. Eine Verringerung  
84 der Zahl der aus nicht asylrelevanten Motiven gestellten Asylanträge ist daher  
85 geboten. Durch die Möglichkeit, die gesetzliche Vermutung der Verfolgungsfreiheit im  
86 Einzelfall widerlegen zu können, ist sichergestellt, dass auch Asylbewerber aus  
87 sicheren Herkunftsstaaten grundsätzlich als Asylberechtigte und Flüchtlinge anerkannt  
88 werden können.

89 Des Weiteren besteht Konsens darüber, dass die geförderte bilaterale  
90 Entwicklungszusammenarbeit ein geeignetes Instrument ist, um den Menschen vor Ort  
91 besser zu helfen.

92 In diesem Sinne wird das Gesetz zur Einstufung weiterer Staaten als sichere  
93 Herkunftsstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und  
94 geduldete Ausländer gemäß Artikel 16a Absatz 3 des Grundgesetzes eine  
95 Signalwirkung entfalten und helfen, die Kommunen zu entlasten. Diese positive  
96 Entwicklung kann unterstützt werden, indem eine Prüfung der Ausweitung der Liste  
97 sicherer Herkunftsstaaten um weitere Staaten wie Albanien und Montenegro sorgfältig  
98 geprüft wird.

99 **Die Frauen Union Südbaden begrüßt die Zustimmung des Bundesrats zum Gesetz zur**  
100 **Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten und zur Erleichterung des**  
101 **Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer gemäß Artikel 16a**

102 Absatz 3 des Grundgesetzes. Die Frauen Union Südbaden fordert darüber hinaus, die  
103 Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten um Albanien und Montenegro zu prüfen.  
104 Sollte die Überprüfung der menschenrechtlichen Situation in diesen Ländern durch die  
105 zuständige Behörde eine Einstufung als sicherer Herkunftsstaat rechtfertigen, un-  
106 terstützt die Frauen Union eine Aufnahme dieser beiden Länder in die Liste der siche-  
107 ren Herkunftsstaaten. Eine Ausdehnung asylrelevanter Gründe auf Armut und soziale  
108 Probleme lehnt die Frauen Union Südbaden ab.

109

## 110 2. Schnellere Verwaltungsprozesse für Asylanträge

111 Deutschland nimmt in absoluten Zahlen die meisten Flüchtlinge in der EU auf. Auch  
112 die anderen europäischen Staaten müssen ihrer Verpflichtung nachkommen.  
113 Deswegen fordern wir einen europäischen Asylgipfel, der sich eingehend mit der  
114 Problematik der Asylsuchenden in und nach Europa beschäftigt.

115 Gemeinsames Ziel Deutschlands wie auch der Flüchtlinge muss sein, dass ein  
116 friedliches Miteinander möglich ist. Die Flüchtlinge müssen nach dem Prinzip Fördern  
117 und Fordern zur Kooperation bereit sein, während der deutsche Staat für eine  
118 menschenwürdige Unterbringung sorgt.

119 Die An- oder Ablehnung der Asylanträge erfordert ein großes Ausmaß an  
120 Verwaltungskosten und Verwaltungsaufwand. Während der Flüchtlingswelle der 90er  
121 Jahre gab es in Deutschland zahlreiche Gerichte und Verwaltungseinrichtungen, die  
122 sich speziell mit dieser Problematik befasst haben, so dass eine zügige  
123 Entscheidungsfindung erfolgen konnte. Nachdem der Flüchtlingsstrom nach  
124 Deutschland nachließ, wurden diese Einrichtungen wieder abgeschafft. Bei den jetzt  
125 steigenden Flüchtlingszahlen werden diese Einrichtungen jedoch wieder nötig.

126 Die langen Wartezeiten und die dadurch lange Unterbringung der Antragssteller ver-  
127 ursachen horrenden Kosten. Deswegen ist es zwingend nötig, dass die  
128 Verwaltungsprozesse beschleunigt werden.

129 Die Frauen Union Südbaden fordert eine verbesserte personelle wie finanzielle  
130 Ausstattung von Gerichten und Verwaltungseinrichtungen für schnellere  
131 Entscheidungsfindungen für die Asylanträge. Dazu müssen auch wieder die  
132 Bezirksstellen für Asyl eingerichtet werden, die neben der Unterbringung, Versorgung  
133 und der Bearbeitung der Asylanträge durch Außenstellen des BAMF auch die  
134 Verwaltungsgerichtsbarkeit unter einem Dach vereinigen. Dies führt zu einer effizienten  
135 Aufgabenerledigung und hilft auch den tatsächlich Schutzbedürftigen.

### 136 3. Mehr Aufnahmestellen in Baden-Württemberg und Veränderung der 137 Abschiebepaxis der Landesregierung

138 In Baden-Württemberg gibt es momentan nur zwei Landeserstaufnahmestelle (LEA)  
139 in Karlsruhe und Meßstetten. Sie platzen aus allen Nähten und man bemüht sich  
140 deswegen sehr, die Asylbewerber schnellstmöglich in den Gemeinden unterzubringen,  
141 welche jedoch in so kurzer Zeit ebenfalls keine adäquaten Unterkünfte für die  
142 Flüchtlinge finden können

143 Deswegen fordert die Frauen Union Südbaden vier Erstaufnahmestellen in Baden-  
144 Württemberg einzurichten, damit die Flüchtlinge in einer menschenwürdigen Umgebung  
145 leben können und die Gemeinden mehr Handlungszeitraum haben, eine Unterkunft für  
146 die Flüchtlinge zu finden.

147 Die Abschiebepaxis der Länder ist mehr als dürftig. Nach oftmals (durch Rechtsmittel,  
148 Härtefallkommission) jahrelangen Verfahren wird nur ein Bruchteil der endgültig ab-  
149 gelehnten Asylbewerber abgeschoben. Von 14.376 ausreisepflichtigen Personen in  
150 Baden-Württemberg im Jahre 2013 hat das Land nur 975 abgeschoben. Das entspricht  
151 einer Abschiebungsquote von 6,7 Prozent, die unter dem Bundesdurchschnitt liegt.  
152 Damit werden Möglichkeiten nicht genutzt, um Kapazitäten für die Menschen zu  
153 schaffen, die wirklich in Not sind. Die Frauen Union Südbaden fordert zudem die Lan-  
154 desregierung dazu auf, die endgültig abgelehnten Asylbewerber verstärkt abzuschieben.

155 **Eine solche Praxis kann helfen, Wohnraum für die tatsächlich Schutzbedürftigen zu**  
156 **schaffen.**

157

#### 158 **4. Sprachkurse für Asylbewerber**

159 So lange der Asylbewerber sich im laufenden Verfahren befindet, darf er keinen  
160 Sprachkurs belegen bzw. einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Erst mit der  
161 rechtskräftigen Anerkennung des Asylantrags ist ein Flüchtling berechtigt, einen  
162 Sprachkurs zu belegen und eine Erwerbstätigkeit auszuüben. Dadurch entsteht das  
163 Problem, dass der Asylbewerber nach Anerkennung seines Asylantrags die deutsche  
164 Sprache nicht beherrscht und dadurch erhebliche Verzögerungen entstehen, bis er  
165 eine Erwerbstätigkeit aufnehmen kann.

166 **Deswegen fordert die Frauen Uion Südbaden, dass Sprachkurse bereits auch für Asyl-**  
167 **bewerber und deren Kinder erlaubt und finanziert werden. Die Wartezeiten bis zur**  
168 **endgültigen Duldung oder Abschiebung sollen mit finanzierten Sprachkursen überbrückt**  
169 **werden, so dass im Falle einer Aufenthaltsberechtigung der Flüchtling direkt in den**  
170 **Arbeitsmarkt einsteigen kann. Vor allem auch Frauen müssen sollten Deutsch lernen**  
171 **können, damit sie ihr Wissen an die Kinder weitergeben können. Darüber hinaus sollten**  
172 **die Integrationskurse und sozialen Begleitprogramme wesentlich früher einsetzen, um**  
173 **den Menschen in unserer Gesellschaft möglichst frühzeitig Perspektiven bieten zu**  
174 **können.**

175

#### 176 **5. Ausweitung der medizinischen Betreuung für Asylberechtigte**

177 Unter geltendem Recht haben Asylbewerber bei akuten und lebensbedrohlichen  
178 Erkrankungen ein Recht auf medizinische Versorgung. Asylberechtigte, also Menschen  
179 deren Asylantrag positiv beschieden wurde, haben zwar Anspruch auf die Leistungen  
180 der gesetzlichen Krankenkassen. Allerdings fallen unter diese Leistungen keine  
181 psychotherapeutische Behandlungen. Jedoch sind 30 Prozent aller Flüchtlinge



182 psychisch belastet bis schwer traumatisiert. Erfahrungen wie Krieg, Gewalt, Folter  
183 und Vergewaltigungen bedürfen geeigneter Aufmerksamkeit und Therapie. Diese  
184 Maßnahmen dürfen Menschen nicht vorenthalten werden. Derzeit übernehmen  
185 Nichtregierungsorganisation wie beispielsweise Refugio diese wichtigen Angebote.

186 **Die Frauen Union Südbaden fordert die Ausweitung der medizinischen Betreuung von**  
187 **Asylberechtigten auf die chronische Traumafolgestörung, z.B. durch Psychotherapie und**  
188 **Sozialarbeit, im Besonderen von Frauen, die Opfer von sexueller Gewalt wurden.**  
189 **Gesicherte Finanzierungsmöglichkeiten müssen hierfür schnellstmöglich geprüft werden.**

190

## 191 **6. Erleichterung der Flüchtlingsunterbringung durch Änderungen im Baurecht**

192 Flüchtlingsunterkünfte sollen auch dann im Innenbereich zugelassen werden können,  
193 wenn sie sich nicht in die nähere Umgebung einfügen. Auch soll die Unterbringung  
194 von Flüchtlingen auf solchen Flächen möglich sein, die unmittelbar an einen  
195 bebauten Ortsteil anschließen. Darüber hinaus sollen Flüchtlingsunterkünfte unter  
196 bestimmten Voraussetzungen auch in Gewerbegebieten errichtet werden können.

197 **Die Frauen Union Südbaden fordert dementsprechend Änderungen im Baurecht, die die**  
198 **Unterbringung von Flüchtlingen erleichtert.**

199

## 200 **7. Forderung an Asylbewerber und Wiedereinreisesperren**

201 Asylberechtigung erfordert auch Kooperation seitens der Asylbewerber. Wer bei uns  
202 Schutz sucht, ist dazu aufgefordert seinen Namen, sein Herkunftsland sowie die  
203 Gründe seiner Flucht wahrheitsgemäß darzulegen. Bei Verweigerung solcher  
204 Auskünfte muss mit rechtlichen Konsequenzen gerechnet werden.

205 Mit der Regelung zu sicheren Herkunftsstaaten geht bisher keine befristete  
206 Wiedereinreisesperre einher. Abgelehnte Asylbewerber etwa aus Serbien können  
207 folglich unmittelbar, bzw. bei einem Aufenthalt von mindestens 180 Tagen in

208 Deutschland bereits nach 90 Tagen legal wieder nach Deutschland und in den  
209 Schengen-Raum einreisen. Hier bedarf es dringend der Einrichtung von befristeten  
210 Wiedereinreisesperren, für die sich die Union im Rahmen der derzeit laufenden  
211 Verhandlungen über eine Änderung des Asylrechts einsetzt. Befristete  
212 Wiedereinreisesperren (unbefristete sind nach EGMR unzulässig) sollten auch für  
213 Ausreisepflichtige eingeführt werden, die die Ausreisepflicht haben verstreichen lassen.

214 **Die Frauen Union fordert Asylbewerber unter dem Hinweis des gegenseitigen Vertrau-**  
215 **ens zur Kooperation auf. Zusätzlich unterstützt die Frauen Union die CDU-Position bei**  
216 **den EU-Verhandlungen zur Einführung von befristeten Wiedereinreisesperren.**

217

## 218 **II Umgestaltung der Integrationskurse**

219

220 Jeder Flüchtling mit einem sicheren Aufenthaltsstatus aus einem Nicht-EU-Land  
221 muss einen Integrationskurs ableisten. Die Durchfallquote dieser Kurse liegt bei etwa  
222 50%. Aus diesem Grund bedürfen die Integrationskurse einer erheblichen Änderung  
223 sowohl im organisatorischen als auch inhaltlichen Bereich.

224

### 225 **1. Abschaffung der prekären Situation der Sprachlehrer**

226 Die Integrationskurse wurden vom Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge  
227 (BAMF) an private Träger delegiert, so z.B. die Volkshochschulen. Die  
228 Sprachlehrer, die DAZ (Deutsch als Zweitsprache) bzw. DAF (Deutsch als  
229 Fremdsprache) studiert haben und weitere Qualifikationen beim BAMF absolvieren  
230 mussten, arbeiten als selbstständige Honorarkräfte zu extrem niedrigen  
231 Stundenlöhnen. Eine Vollzeittätigkeit eines Sprachlehrers wird mit monatlich unter  
232 1000 Euro netto vergütet. Da diese qualifizierten Lehrkräfte aufgrund der geringen  
233 Vergütung anderen, finanziell lukrativeren Tätigkeiten nachgehen, entsteht ein

234 erheblicher Lehrkräftemangel für die Integrationskurse. Aus diesem Grund wurde  
235 bereits damit begonnen, die Anforderungen für die Lehrkräfte zu minimieren. Dadurch  
236 lehren mittlerweile schlecht qualifizierte Lehrkräfte, die teilweise selbst der deutschen  
237 Sprache nicht vollständig mächtig sind. Daher können Flüchtlinge die deutsche  
238 Sprache nicht bestmöglichst erlernen.

239

240 **Nur durch die Abschaffung der prekären Situation der Sprachlehrer ist eine entspre-**  
241 **chende Qualität der Sprachkurse gewährleistet. Dies ist nur möglich durch einen Trä-**  
242 **gerwechsel. Hier bieten sich die Beruflichen Schulen geradezu an. Die Frauen Union**  
243 **Südbaden fordert daher, dass Integrationskurse zukünftig an Beruflichen Schulen mit**  
244 **dafür entsprechend ausgebildeten und fest angestellten Sprachlehrern mit einem adä-**  
245 **quaten Lehrergehalt stattfinden. Erstankömmlinge sollten durch die Hilfe der in**  
246 **Deutschland schon lebenden Landsleute gefördert werden. Sie könnten z.B. als Not-**  
247 **dolmetscher eingesetzt werden.**

248

## 249 **2. Bindender Lehrplan für alle Integrationskurse**

250 Das BAMF hat für die Integrationskurse ein Curriculum herausgegeben, welches  
251 jedoch nicht bindend ist, sondern nur als Empfehlung dient. Um eine einheitliche  
252 qualitätsorientierte Lehre zu sichern, muss sich dies jedoch ändern.

253 **Die Frauen Union Südbaden fordert, dass ein bundesweit bindender Lehrplan für alle**  
254 **Integrationskurse herausgegeben wird.**

255

## 256 **3. Integrationskurs muss auf 900 Stunden aufgestockt werden**

257 Das Curriculum muss grundlegend überarbeitet werden, wenn es bindender Lehrplan  
258 werden soll.

259 Der Basis Integrationskurs umfasst 600 Stunden. Der "Leben in Deutschland kurz  
260 LID" Kurs dauert 60 Stunden, insgesamt also 660 Stunden. Beide enden mit einer  
261 Prüfung.

262 Bei Nichtbestehen kann der Teilnehmer nochmals 300 Stunden anhängen.

263 Analphabeten bekommen von Anfang an mehr Stunden, wobei es schwierig ist,  
264 wenn nicht sogar unmöglich, als Analphabet in 100 Stunden das Alphabet einer  
265 fremden Sprache zu lernen.

266 **Die Frauen Union Südbaden fordert die Aufstockung der Integrationskurse auf mindes-**  
267 **tens 900 Stunden.**

268

#### 269 **4. Grundlegende Überarbeitung der Lehrpläne**

270 Weiterhin hat sich das Curriculum des Integrationskurses als viel zu überfrachtet  
271 erwiesen. In dem abschließenden Integrationstest, welcher die Flüchtlinge ableisten  
272 müssen, werden teilweise historische oder politische Zusammenhänge erfragt, welche  
273 absolut nicht zwingend notwendig sind. Die Dialoge in den Lehrbüchern sind meist  
274 realitätsfern und lehren den Teilnehmern nicht das, was sie für das tägliche Leben  
275 bzw. für ihre Zukunft in Deutschland brauchen. Stattdessen werden z.B. unwichtige  
276 Situationen, wie das „Feilschen und Handeln auf einem Flohmarkt“ gelehrt.

277 Die Lehrpläne müssen dringend realitätsnäher gestaltet werden. Es muss ferner eine  
278 Konzentration auf das Wesentliche stattfinden. Dabei wäre es immens wichtig, die  
279 Sprache beispielweise für Behördengänge, das Verhalten bei Behördenmitarbeitern  
280 oder andere wichtige Handlungen im Alltag zu lernen.

281 **Die Frauen Union Südbaden fordert daher die grundlegende Überarbeitung der Lehr-**  
282 **pläne. In diesen Prozess müssen zwingend die Sprachlehrer, die bereits jahrelange Er-**  
283 **fahrung in den Integrationskursen gesammelt haben, mit eingebunden werden. Der**  
284 **Lehrplan muss sich auf das Wesentliche konzentrieren, dem Flüchtling die deutsche**

285 **Sprache beibringen und ihn fit für den Alltag in Deutschland machen. Dabei sollte ein**  
286 **Standardwerk entwickelt werden, das als Lehrbuch für alle Sprachkurse dient.**

287

## 288 **5. Gezielte Berufsvorbereitung**

289 Ein erhebliches Problem liegt weiterhin im „Abschluss ohne Anschluss“. Viele  
290 Zuwanderer absolvieren den Integrationskurs und bestehen den anschließenden Test.  
291 Danach kehren sie in ihre Familien zurück, sprechen dort nur noch ihre  
292 Muttersprache, welche auch an die Kinder weitergegeben wird, und alles Erlernete  
293 wird vergessen. Es ist dafür zu sorgen, dass mit der Absolvierung des Tests auch  
294 ein Anschluss in der deutschen Gesellschaft stattfindet.

295 **Deswegen fordert die Frauen Union Südbaden, dass in dem Sprachkurs auch das Modul**  
296 **„Deutsch am Arbeitsplatz“ eingeführt wird. Die Flüchtlinge müssen dringend auf die**  
297 **Arbeitswelt in Deutschland vorbereitet werden, und es muss sichergestellt werden, dass**  
298 **sie alle Voraussetzungen haben, um sich in Deutschland integrieren zu können. Eine**  
299 **Nichtintegration birgt viele, später fast unüberwindbare Probleme für die ganze**  
300 **Gesellschaft.**

301

## 302 **6. Einsatz der Sprachlehrer an Grundschulen**

303 Viele Kinder von Zuwanderern kommen erst in der Grundschule das erste Mal in  
304 Kontakt mit der deutschen Sprache. Hier fällt es ihnen besonders schwer, Lesen  
305 und Schreiben zu lernen. Wenn dies nicht in den ersten Jahren gelingen kann, hat  
306 das Kind kaum Chancen, einen erfolgreichen Lebens- und Berufsweg einzuschlagen.  
307 Von Seiten der Eltern ist häufig keine Hilfe zu erwarten, da sie selbst die deutsche  
308 Sprache zu schlecht beherrschen. Hier ist es dringend nötig, dass qualifizierte  
309 Fachkräfte die Kinder an Grundschulen in Alltagssituationen begleiten und neben dem  
310 normalen Unterricht noch extra Deutsch-Kurse geben. Diese Fachkräfte sollten keine

311 „pädagogischen Hilfskräfte“ sein, wie sie in letzter Zeit häufiger eingesetzt werden,  
312 sondern studierte Lehrkräfte, welche auch in den Integrationskursen lehren.

313 **Die Frauen Union Südbaden fordert den Einsatz qualifizierter Sprachlehrer an Grund-**  
314 **schulen sowie des Angebot von Vorbereitungsklassen an allen Schulen, damit durch**  
315 **den Erwerb der deutschen Sprache ein Schulerfolg erst möglich wird. Hier kann man**  
316 **sofort auf bereits ausgebildete Lehrer zurückgreifen, die in Folge der schlechten Be-**  
317 **zahlung als Sprachlehrer in anderen Berufen arbeiten.**

318

## 319 **7. Bewertung des BAMF**

320 Das BAMF (Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge) wird bisher von einer  
321 Kommission bewertet, welche aus Vertretern des BAMF selbst, Vertretern des  
322 Bundesinnenministeriums sowie einigen Vertretern der Bildungsindustrie besteht. Damit  
323 bewertet das BAMF sich also zum größten Teil selbst, was zu entsprechend  
324 geprägten Ergebnissen führt. Dies ist absolut nicht zielführend. Eine Evaluation des  
325 BAMF von unabhängigen Fachkräften ist dringend nötig.

326 **Die Frauen Union Südbaden fordert eine unabhängige Evaluation des BAMF und der**  
327 **Integrationskurse. Hierbei soll eine Statistik erstellt werden, aus der klar ersichtlich**  
328 **wird, wie viele Personen einen Integrationskurs besucht haben und wie viele diesen**  
329 **bestanden haben. Diese Statistik sollte vor allem auch nach Geschlechtern getrennt**  
330 **geführt werden.**

331

## 332 **I. FRAUEN**

333

### 334 **1. Frauen müssen Demokratie und Freiheit kennenlernen**

335 Frauen sind häufig die größten Verliererinnen bei der Integration. Viele Frauen  
336 dürfen die Integrationskurse nicht besuchen, da es ihre Ehemänner nicht erlauben.

337 Leider wurden solche Entscheidungen auch gerichtlich durchgekämpft und zugunsten  
338 der Ehemänner entschieden. Dies darf keine Praxis in Deutschland werden. Eine  
339 Frau, die keinen Integrationskurs besuchen darf, wird von der deutschen Gesellschaft  
340 abgeschnitten und ist in besonderem Maße abhängig von ihrem Ehemann.

341 **Es muss - auch nach Recht und Gesetz das elementare Recht einer ausländischen Frau**  
342 **sein, die Freiheit und Demokratie unseres Staates kennenlernen zu dürfen. Die Frauen**  
343 **Union Südbaden fordert, dass der Besuch eines Integrationskurses für jede/n Pflicht**  
344 **wird, der die Deutsche Sprache nicht schon bis zum Qualifikationsgrad B2 erlernt hat.**

345

#### 346 **1. Förderprogramme für Frauen**

347 Die Problematik „Abschluss ohne Anschluss“ gilt insbesondere für Frauen. Es kann  
348 vorkommen, dass Frauen nach dem Sprachkurs in ihre Familie zurückkehren, dort  
349 hauptsächlich häuslichen Pflichten erledigen und im schlimmsten Fall sogar Opfer  
350 häuslicher Gewalt und einer archaischen Herrschaft des Ehemanns werden können.

351 **Da die Frauen auch in Bezug auf die Integration und Erziehung der Kinder eine**  
352 **besondere Stellung einnehmen, fordert die Frauen Union Südbaden die besondere**  
353 **Förderung ausländischer Frauen. Ihnen muss den Weg zu einem Berufsabschluss**  
354 **möglich gemacht werden. Solche Maßnahmen ermöglichen den Frauen eigenständiger**  
355 **und selbstbewusster Entscheidungen treffen und durchsetzen zu können.**